

Tätigkeitsbericht 2007

Auf Grundlage der gesetzlichen und satzungsrechtlichen Grundlagen arbeitete der Ausschuss eng mit dem Vorstand sowie vor allem mit der Rechtsabteilung zusammen. Durch die Kammerversammlung wurden drei neue Kollegen in den Ausschuss berufen, sodass nunmehr zehn Ärzte im Ausschuss tätig sind. Der Trend der vergangenen Jahre, nämlich die Zunahme der zu bearbeitenden Vorgänge, setzte sich auch im Berichtsjahr nicht fort. Insgesamt wurden mit Beteiligung des Ausschusses Berufsrecht 512 Fälle bearbeitet (Vorjahr 710). Es fanden dazu neun Ausschusssitzungen statt, in denen ausgiebig beraten sowie Beschlussempfehlungen für den Vorstand erarbeitet wurden. Die umfangreichen Vor- und Nachbereitungsarbeiten der Ausschusssitzungen wurden wie bisher mit großem Engagement durch die Rechtsabteilung erledigt.

Wir sind bei unserer Tätigkeit auf die Mitwirkung der betroffenen Kammermitglieder angewiesen. Leider haben einige Wenige die Bitte um Abgabe einer Stellungnahme völlig ignoriert oder als „Vorverurteilung“ missverstanden. Die „säumigen“ Mitglieder mussten mehrfach angeschrieben werden. Da die „Nichtäußerung“ auch eine eigenständige Berufspflichtverletzung darstellt, mussten wir vereinzelt dem Vorstand die Einleitung eines förmlichen Rügeverfahrens vorschlagen.

Trotz der immer noch hohen „Fallzahl“ wurden weniger Rügeverfahren durchgeführt. Anträge an das Berufsgericht waren nicht nötig. Wir sehen die Vielzahl der berufsrechtlichen Vorgänge unter anderem als eine Folge der schlechteren Rahmenbedingungen des ärztlichen Handelns an. Die Konflikte, die von der Politik ausgelöst werden, tragen Patienten und Ärzteschaft vor Ort in Praxis und Klinik aus. Dass dabei auch manchmal sehr emotional reagiert wird, ist allzu verständlich.

In 371 Fällen musste sich der Ausschuss mit Vorwürfen wegen Verstößen gegen die allgemeinen Berufspflichten beschäftigen. Beschwerden über Verstöße gegen spezialgesetzliche Regelungen beschäftigten den Ausschuss 78-mal. 70 Fälle der Behandlungsablehnung waren zu prüfen. Die von Einzelnen angestrebte Kommerzialisierung des Arztberufs spiegelte sich in entsprechender Werbung wider. 23 Vorgänge dazu bekam der Ausschuss zur Beratung vorgelegt. Der Verkauf von Waren (insbesondere Nahrungsergänzungsmittel als „Medikamente“) in 38 Fällen ist möglicherweise auch ein Hinweis darauf, sich ein „zweites Standbein“ sichern zu müssen. In 17 Fällen musste sich der Ausschuss mit dem Vorwurf der unterlassenen Hilfeleistung befassen. 14 Fälle betrafen Vergütungs- bzw. Honorarfragen. Von den Justizbehörden erhielten wir 14 „Mitteilungen in Strafsachen“. Dabei wird durch den Ausschuss geprüft, ob noch ein „berufsrechtlicher Überhang“ besteht. In acht Fällen stellte sich die Herausgabe von Patientenunterlagen als konfliktbehaftet dar. Weitere einzelne Vorgänge ergaben sich aus anderen mutmaßlichen Verstößen gegen die Berufsordnung.

Die vom Ausschuss vorgeschlagenen Beschlussvorlagen wurden durch den Vorsitzenden im Vorstand erläutert. Darüber hinaus beteiligte sich der Ausschussvorsitzende an Beratungen der „Fachkommission zur Abgabe von approbationsrechtlichen Stellungnahmen“. Es erfolgte eine Zusammenarbeit vor allem mit dem Ausschuss „Satzungen“. Dessen Aufgaben wurden ab Sommer 2007 vom Ausschuss Berufsrecht übernommen. Darüber hinaus wurden einzelne Problemfelder mit dem Weiterbildungsausschuss, der Ethikkommission sowie der Sächsischen Akademie für ärztliche Fort- und Weiterbildung beraten. Wöchentliche Telefonkonferenzen mit

der Rechtsabteilung und dem Vorsitzenden trugen zu einer optimierten Bearbeitung der vielen Vorgänge bei. Die aus Sicht des Ausschusses vermittlungsmöglichen Sachverhalte wurden an die Kreisärztekammern abgegeben.

Durch die zum Teil schon viele Jahre währende engagierte ehrenamtliche Tätigkeit im Ausschuss Berufsrecht sowie das schnelle Einarbeiten in die juristischen Problemfelder haben die Mitglieder des Ausschusses große Erfahrungen, wodurch sachgerechte Beschlussempfehlungen vorgelegt werden können.

Dr. Andreas Prokop, Döbeln, Vorsitzender
(veröffentlicht im „Ärzteblatt Sachsen“ 6/2008)